

Leseprobe © Verlag Ludwig

BRENNPUNKTE 1918

Leseprobe © Verlag Ludwig

Leseprobe © Verlag Ludwig

Rolf Fischer (Hrsg.)

BRENNPUNKTE 1918

Orte der Revolution
in Schleswig-Holstein

Beiträge aus dem Kieler Initiativkreis 1918/19

Ludwig

Leseprobe © Verlag Ludwig

*Meinen Kindern
Christof und Marie gewidmet*

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2023 Verlag Ludwig

Holtenauer Straße 141

24118 Kiel

Tel.: 0431-85464

Fax: 0431-8058305

info@verlag-ludwig.de

www.verlag-ludwig.de

Titelfoto: Frau Dr. Regina Selke hat die Fotocollage für das Titelbild zur Verfügung gestellt. Herzlichen Dank!

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-86935-447-7

Leseprobe © Verlag Ludwig

Inhaltsverzeichnis

<i>Hinführung</i>	
Kiel 1918 und der Beginn der Demokratie	7
<i>Klaus Kuhl</i>	
Die Endkampfvorbereitungen und der geplante Flottenvorstoß der kaiserlichen Marine im Oktober 1918	9
<i>Rolf Fischer</i>	
1918: Revolte, Revolution, Republik in Lübeck	69
<i>Klaus Kuhl</i>	
Revolution in Rendsburg 1918	76
<i>Rolf Fischer</i>	
Fundstellen: Orte der Revolution in Schleswig-Holstein	97
<i>Klaus Kuhl</i>	
Die Kieler Eiserne Division – ein besonderer Fall in der militärischen Landschaft der Weimarer Republik	113

Leseprobe © Verlag Ludwig

Leonie Sticke

- Zwischen Ungehorsam und Fahnenflucht –
Die Militärjustiz in der Kaiserzeit

133

Rolf Fischer

- Die Revolution 1918 und die Reform
der Reichswehr –
eine Erinnerung an Bernhard Rausch

137

Susanne Kalweit

- Aus dem Container in die Arrestanstalt –
Wanderausstellung des Landes
Schleswig-Holstein »Revolution 1918.
Aufbruch in Schleswig-Holstein«

143

- Zu den Autorinnen und Autoren

156

Hinführung

Kiel 1918 und der Beginn der Demokratie

Im November 1918 rebellierten in Kiel zuerst die Matrosen, dann die Arbeiterinnen und Arbeiter. In nur wenigen Tagen erreichte die Deutsche Revolution weitere Städte, erst in Schleswig-Holstein, dann im ganzen Reich. Die Monarchie verschwand; es war nichts weniger als der Beginn der Demokratie in Deutschland. In seiner Rede zur »Deutschen Revolution« 2018 im Bundestag bewertete Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den historischen Status der Ereignisse: »Der 9. November 1918 ist ein Meilenstein der deutschen Demokriegeschichte: Er steht für die Geburt der Republik in Deutschland (...) Und deshalb verdient er einen herausragenden Platz in der Erinnerungskultur unseres Landes.« Dieser Einschätzung folgt der »Kieler Initiativkreis 1918/19« mit seinem nun dritten Band zur Kieler Revolutionsgeschichte.

Unser Schwerpunkt berührt eine noch selten gestellte Forschungsfrage: Welche weiteren Städte in Schleswig-Holstein erlebten Aufstände und welche Folgen zeitigte die revolutionäre Idee? Es liegen zwar einige regionale Darstellungen der Revolution von 1918 in den jeweiligen Stadt- oder Gemeindegeschichten vor, eine zusammenfassende und bewertende wissenschaftliche Aufarbeitung für Schleswig-Holstein aber fehlt. Zwar kann unser Band nur erste Ansätze einer landesweiten

Leseprobe © Verlag Ludwig

historischen Betrachtung aufzeigen; er versucht aber deutlich zu machen, dass die Kieler Ereignisse untrennbar mit der Demokratisierung Schleswig-Holsteins verbunden sind: In vielen Städten führten die Aktivitäten der revolutionären Matrosen und Soldaten zu einer plötzlich offenen politischen Situation, in der sich die demokratischen Werte und Formate gegen das Kaiserreich durchsetzen konnten. Ein Weg, der kurze Zeit zuvor noch als nicht erreichbar galt. Die Deutsche Revolution zeitigte also große politische Folgen: eine demokratische Verfassung, freie Wahlen für Frauen und Männer, demokratisch gewählte Parlamente und Vertretungen, die Sozialstaatssicherung – um nur wenige Stichworte zu nennen. Nicht zuletzt deshalb bestimmte 2018 die Stadt Kiel für ihre Präsentationen zum hundertsten Jahrestag der Revolution das Motto »Demokratie erkämpfen – Demokratie leben« und schlug damit gleich den historisch-politischen Bogen vom Beginn der demokratischen Geschichte in unsere Gegenwart hinein.

Der Initiativkreis bat neben seinen Mitgliedern auch andere Autorinnen und Autoren um Beiträge, die den Aspekt der Demokratisierung 1918 in ausgewählten Orten Schleswig-Holsteins thematisieren. Wir sind dankbar, dass ein bisher in der Revolutionsgeschichte wenig diskutiertes Gebäude wie das Marineuntersuchungsgefängnis im Stadtteil Kiel-Wik in den Fokus rückt, dass die Militärjustiz im Kaiserreich vorgestellt wird und dass auch die Kieler Eiserne Division ihren Platz findet. Ergänzt werden die Beiträge durch Fotografien, die 2018 im Kieler Stadtbild gemacht wurden und auf den 100. Jahrestag der Revolution verweisen. Sie sind eindrucksvoller Beleg für die Vielfalt der Aktionen.

Das Wissen um und das Verständnis für »Kiel 1918« weiter zu vermehren und konsequent zu vertiefen – das eint alle unsere Autorinnen und Autoren. Sie setzen ihre spezifischen Schwerpunkte und zeichnen für ihre Texte verantwortlich. Ihnen gilt unser großer Dank!

Rolf Fischer
Für den »Kieler Initiativkreis 1918/19«

Klaus Kuhl

Die Endkampf vorbereitungen und der geplante Flottenvorstoß der kaiserlichen Marine im Oktober 1918

Es gibt bisher keine abschließende Darstellung und Bewertung der Vorgänge um den geplanten Flottenvorstoß der deutschen Kaiserlichen Marine im Oktober 1918. Zwar liegen wichtige Studien¹ vor und die Historiker stimmen darin überein, dass der Vorstoß aus Ehren- und Existenzgründen erfolgen sollte, darüber hinaus aber werden die Absichten der Marineführung und die politischen Auswirkungen unterschiedlich gesehen. Winfried Baumgart bemerkte 1998 auf der internationalen Tagung des Militärgeschichtlichen Forschungsamts² über das »Kriegsende 1918«, dass für die These, die Marineführung

¹ Vgl. Wilhelm Deist: Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4. Heft 1966, S. 341–368. Online zugänglich unter (aufgerufen am 19. Februar 2021): http://ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_4.pdf; Gerhard Groß: Eine Frage der Ehre? Die Marineführung und der letzte Flottenvorstoß 1918. In: Jörg Duppler/Gerhard P. Groß (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung. München 1999, S. 349–366. Derselbe Aufsatz wurde außerdem veröffentlicht in: Werner Rahn (Hrsg.): Deutsche Marinen im Wandel. München 2005, S. 287–304.

² Heute Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.

Leseprobe © Verlag Ludwig

habe das Waffenstillstandsgesuch hintertreiben wollen, in den Quellen keine Anhaltspunkte gefunden worden seien.³ Im Gegensatz dazu war Leonidas Hill bereits 1988 zu dem Ergebnis gekommen, dass die Aktion zu einem Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen geführt hätte und dass damit die Regierung unter Max von Baden hätte zurücktreten müssen.⁴ Wilhelm Deist lehnte diese These ohne nähere Begründung ab.⁵ Unterstützt wurde sie dagegen von Holger Herwig,⁶ eingeschränkt von Gerhard Groß⁷ und 2017/2018 auch von Mark Jones.⁸

Die unterschiedlichen Bewertungen hängen einerseits damit zusammen, dass der entsprechende Operationsplan Nr. 19 nicht im Detail analysiert wurde. Insbesondere die Auswirkungen der beabsichtigten Vorstöße an die flandrische Küste und in die Themsemündung wurden nicht in die Betrachtungen einbezogen. Außerdem wurden

³ Vgl. Wfried Baumgart: Einführende Bemerkungen [zum Abschnitt »Das Kriegsende. Die unbewältigte Erinnerung.«] In: Jörg Duppler/Gerhard P. Groß (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung. München 1999, S. 343–347, hier S. 343. Ähnlich formulierte Gerhard Granier bereits 1982: »Dafür, daß die Seekriegsleitung mit dem Flottenvorstoß bewußt den Waffenstillstand torpedieren oder gar den Reichskanzler stürzen wollte [...], finde ich keinen Beleg.« Gerhard Granier: Magnus von Levetzow: Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers – Lebensweg und ausgewählte Dokumente (Schriften des Bundesarchivs 31). Boppard am Rhein 1982, S. 53.

⁴ Vgl. Leonidas Hill: Signal zur Konterrevolution? – Der Plan zum letzten Vorstoß der deutschen Hochseeflotte am 30. Oktober 1918. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1. Heft 1988, S. 113–131. Online zugänglich unter (aufgerufen am 20. Februar 2021): http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf.

⁵ Vgl. Wilhelm Deist: Die Ursachen der Revolution von 1918/19 unter militärgeschichtlicher Perspektive. In: Norbert Credé (Hrsg.): Wilhelmshavener Museums Gespräche. Texte zur Geschichte der Stadt, Band 2, Die Revolution 1918/19 – 70 Jahre danach. Vortragsveranstaltung der Stadt Wilhelmshaven am 28. und 29. Oktober 1988. Wilhelmshaven 1993, S. 7–22, hier, S. 22.

⁶ Vgl. Holger H. Herwig: Das Elitekorps des Kaisers. Die Marineoffiziere im Wilhelminischen Deutschland. Hamburg 1977, S. 256.

⁷ Groß schreibt die SKL habe billigend den Sturz der Regierung in Kauf genommen; Groß, Frage der Ehre, S. 294.

⁸ Vgl. Mark Jones: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Berlin 2017, S. 32–35; Mark Jones: Der Flottenbefehl vom 24. Oktober 1918. Untergang oder Startschuss für den Endkampf. In: Sonja Kinzler/Doris Tillmann (Hrsg.): Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918. Darmstadt 2018, S. 92.

Leseprobe © Verlag Ludwig

die nationalen und internationalen Bedingungen unter denen die Marineführung agierte, nicht in der nötigen Tiefe berücksichtigt. Hier sind besonders die Bestrebungen der Regierung Max von Badens zu nennen, einerseits im Notenaustausch mit dem amerikanischen Präsidenten Wilson auf den zurückgedrängten Einfluss der alten Eliten hinzuweisen aber andererseits nötigenfalls einen »Kampf auf Leben und Tod« auszurufen und dabei auch die Flotte einzubeziehen. Besonders die unterschiedlichen Endkampfkonzepte, die Michael Geyer anführt,⁹ sind nicht in die Betrachtungen eingeflossen. Auch den Aussagen der den Gehorsam verweigernden Matrosen und Heizer wurde bisher nicht systematisch nachgegangen.

In dieser Arbeit sollen die Ereignisse auf der Basis eines breiteren Ansatzes umfassend bewertet werden.

1. DIE AUSGANGSLAGE

Nach der Reichsgründung 1871 nahm die Entwicklung im Deutschen Reich einen rasanten Aufschwung. Mit dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II. strebten die herrschenden Kreise eine Hegemonie in Europa sowie eine weltweite Großmachtstellung an. Einer verbreiteten Ansicht der damaligen Zeit zufolge war der Aufbau einer eigenen schlagkräftigen Marine eine wichtige Voraussetzung für eine derartige Rolle.¹⁰ Der neue Kaiser war von dieser Idee fasziniert und betraute Alfred von Tirpitz mit dem Aufbau.

Dieses umfangreiche Programm hatte auch wichtige innenpolitische Aspekte:¹¹

⁹ Vgl. Michael Geyer: Insurrectionary Warfare: The German Debate about a Levée en Masse in October 1918. In: *The Journal of Modern History*, Volume 73, Number 3, September 2001, S. 459–527, hier S. 475.

¹⁰ Vgl. Holger H. Herwig: Der Einfluß von Alfred Th. Mahan auf die deutsche Seemacht. In: Werner Rahn (Hrsg.): Deutsche Marinen im Wandel. Vom Symbol nationaler Einheit zum Instrument internationaler Sicherheit. München 2005, S. 127–142.

¹¹ Vgl. Friederike Krüger: Flottenrüstung. In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Ina Renz (Hrsg.) in Verbindung mit Markus Pöhlmann: Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Paderborn 2003, S. 495 f.

Leseprobe © Verlag Ludwig

- Das industrielle Bürgertum konnte erhebliche Umsatzsteigerungen erwarten, was ihre politische Position stärken würde.
- Der bestimmende Adel, gestützt auf Großagrarier und Militärelite, war jedoch nicht bereit substantielle politische Reformen zuzulassen.
- Trotzdem gelang es v. Tirpitz, seine Pläne durch den Reichstag zu bringen, der bei den Finanzen mitentscheiden konnte.
- Zum einen wurde der Forderung der Großagrarier nach neuen Zöllen zum Schutz ihrer Landwirtschaft vor billigen Lebensmittelimporten entsprochen.
- Zum anderen erhoffte man sich den Einfluss der SPD schwächen zu können, durch den Schub bei der Beschäftigung und die damit erwartete Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Dies sollte auch dazu beitragen, das Dreiklassenwahlrecht in Preußen, das die bestimmende Rolle der adeligen Aristokratie im Deutschen Reich zementierte, aufrechterhalten zu können.

Das Bürgertum reagierte begeistert auf v. Tirpitz' intensive Flottenpropaganda und schickte seine Söhne in die stetig expandierende Marine. Diese verkörperte als gesamtdeutsche Streitmacht – im Gegensatz zum Heer, das nach wie vor teilstaatlich organisiert war – die Einheit der Nation.¹² Während die Armee mit den alten Eliten für die Sicherung der kontinentalen Großmachtposition stand, verkörperte die Marine das besonders vom Bürgertum getragene Streben nach Weltgeltung. Die Seeoffiziere sahen sich als die Auslese, die diesem Anspruch den Weg zu bahnen hatte. Sie fühlten sich als Träger des Hohenzollernstaates, sahen sich als den zukünftigen Ritterorden des Reiches und orientierten sich in ihren sozialen Ansprüchen an den kaiserlichen Gardeoffizieren. In der Folge entwickelten sie ein ausgesprochenes Kastendenken.¹³ Darin dürfte auch begründet liegen, dass die deutschen Seeoffiziere kein Verständnis für die Lage ihrer

¹² Vgl. Groß, Frage der Ehre, S. 294.

¹³ Vgl. Herwig, Elitekorps, S. 9 f.

Leseprobe © Verlag Ludwig

Untergebenen aufbrachten; im Gegensatz zu den englischen. Wolz beschreibt den Unterschied eindringlich anhand einiger Beispiele.¹⁴

Zum Aufbau der deutschen Hochseeflotte schrieb Michael Salewski 1998: »Inzwischen herrscht Übereinstimmung darin, dass v. Tirpitz die Flotte von Anfang an als ›gegen England gerichtet‹ aufbauen wollte und zwar durchaus mit einer realen Siegesoption etwa ab dem Jahr 1920.«¹⁵ Dies trug zur Einkreisung Deutschlands bei, da England nun eine Verständigung mit Frankreich und Russland suchte.¹⁶ In der von v. Tirpitz entwickelten Strategie sollte gleich am Anfang des kommenden Krieges eine große Seeschlacht mit England nahe Helgoland und damit unter für Deutschland günstigen Bedingungen geschlagen werden.¹⁷

Doch v. Tirpitz' Pläne ließen sich nicht realisieren:¹⁸

- Es gelang nicht, die ursprünglich geforderte Stärke im Vergleich mit der britischen Flotte zu erreichen. Weder konnte man die Briten durch forciertes Wettrüsten zum Einlenken bringen – die Rüstungsspirale drohte viel eher Deutschland statt Großbritannien in den Ruin zu treiben – noch war Großbritannien durch Drohungen zu einem Bündnis zu zwingen. Am Ende waren die deutsch-britischen Beziehungen schlechter als je zuvor seit 1871.
- Die Sammlung der nationalen Kräfte zerbrach an den immensen Kosten, die Tirpitz nacheinander die Unterstützung der Großagrarier, des Reichskanzlers und schließlich auch des Kaisers kostete.
- Auch das weitere Erstarken der Sozialdemokratie konnte nicht aufgehalten werden: in den Reichstagswahlen vom Januar 1912 wurde sie stärkste Partei. Immerhin dürfte das

¹⁴ Nicolas Wolz: Das lange Warten. Kriegserfahrungen deutscher und britischer Seeoffiziere 1914–1918. Paderborn 2008 (Zeitalter der Weltkriege, Bd. 3), S. 238 ff.

¹⁵ Michael Salewski: Die Wilhelminischen Flottengesetze. Realität und Illusion. In: Michael Salewski: Die Deutschen und die See. Studien zur deutschen Marinegeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Stuttgart 1998, S. 119–125, hier, S. 120.

¹⁶ Vgl. Salewski, Flottengesetze, S. 122.

¹⁷ Vgl. Groß, Frage der Ehre, S. 294 ff.

¹⁸ Vgl. Groß, Frage der Ehre, S. 295; Deist, Seekriegsleitung, S. 342 ff.; Gerhard Gräner: Die deutsche Seekriegsleitung im Ersten Weltkrieg. Dokumentation in vier Bänden. Koblenz 1999–2004, Bd. 1, S. 17 ff.

Leseprobe © Verlag Ludwig

Flottenbauprogramm zu einer Stärkung des reformorientierten Flügels in der SPD beigetragen haben.

- Die Royal Navy beschloss 1912, im Kriegsfalle eine weite Blockade der deutschen Küsten aufzubauen. Damit befanden sich die englischen Stützpunkte außerhalb der Reichweite der deutschen Flotte.
- Großbritannien verfügte seit der Entente Cordiale (1904) und wegen der französisch-britischen Marinekonvention von 1912 über die Rückendeckung der französischen Marine, während Deutschland keine vergleichbare Seemacht als Verbündeten hatte.

Zwischen März 1911 und Juli 1913, also bereits parallel zur dritten Flottennovelle von 1912, wurde der Schwerpunkt der Rüstung auf den Heeressektor zurückverlegt. Da war es jedoch zu spät, wie Salewski anmerkt, für eine rechtzeitige Entwicklung von neuen Waffensystemen etwa im Bereich der Artillerie und der Panzer.¹⁹

Mit der Heeresvergrößerung und der wachsenden Industrie strömten natürlich auch vermehrt Arbeiter in die Formationen. Ein Problem, das in Militärcreisen aufmerksam verfolgt und diskutiert wurde, denn das Militär hatte auch die Aufgabe, mögliche revolutionäre Bestrebungen der Sozialdemokratie niederzuschlagen. In der Marine war dies noch problematischer, denn die technisch hochgerüsteten Kriegsschiffe benötigten in großem Maße Metallfacharbeiter. Unter denen war jedoch der Anteil von sozialdemokratisch und gewerkschaftlich orientierten Personen noch höher. Letztlich setzte die Militärführung darauf, eher polizeiliche Maßnahmen gegen innere Unruhen zu empfehlen und militärische Maßnahmen nur zurückhaltend vorzusehen.²⁰

Die meisten Seeoffiziere verstanden sich subjektiv als unpolitisch. Doch eine antidemokratische und kaisertreue Haltung galt als selbstverständlich.²¹ Die Marineführung mischte sich wiederholt in die Politik ein, etwa indem sie sich mit den schärfsten Kritikern der Regierung

¹⁹ Vgl. Salewski, Flottengesetze, S. 122.

²⁰ Vgl. Wilhelm Deist: Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte. München 1991, S. 86.

²¹ Vgl. Thomas Scheerer: Die Marineoffiziere der Kaiserlichen Marine im Ersten Weltkrieg. In: Werner Rahn (Hrsg.): Deutsche Marinen im Wandel. Vom Symbol nationaler Einheit zum Instrument internationaler Sicherheit. München 2005, S.

Leseprobe © Verlag Ludwig

Bethmann Hollweg verbündete, um den uneingeschränkten U-Bootskrieg durchzusetzen.²² Als sich nach der russischen Februarrevolution eine Chance auf Friedensverhandlungen bot, agitierten Oberste Heeresleitung (OHL) und Marineführung gegen den Aufruf der Reichstagsmehrheit vom Juli 1917 für einen Friedensschluss ohne Annexionen und Kontributionen.²³ Dazu holten sie Vertreter des Alldeutschen Verbands und der von v. Tirpitz gegründeten Vaterlandspartei zum »Vaterländischen Unterricht« an Bord. Ende 1917 / Anfang 1918 zeigte sich mit Durchsetzung des Diktatfriedens von Brest-Litowsk und dem Verzicht, aus der starken Position vor der Frühjahrsoffensive 1918 Verhandlungsoptionen auszuloten, die »Selbstausschaltung der Politiker« und die Durchsetzung des »Primats des Kriegshandwerks«.²⁴ Für die einfachen Soldaten wurde deutlich, dass es den Offizieren nicht um Verteidigung, sondern um Eroberungen ging. Damit ging der Kampfeswille zurück.²⁵

Der Einsatz der Flotte zur großen Seeschlacht wurde von den Entscheidungsträgern und insbesondere vom Kaiser verhindert, dieser berge ein zu hohes Risiko. Der bald darauf favorisierte U-Bootskrieg diente als Begründung: Die Flotte werde gebraucht, um den Einsatz der U-Boote zu decken. Die große Mehrheit der Seeoffiziere hoffte jedoch weiterhin auf die Seeschlacht, klammerte sich aber auch an die Idee, dass die Flotte während des Krieges für einen Einsatz bei Kriegsende zu schonen sei.²⁶ Ihre Loyalität dem Kaiser gegenüber wurde erschüttert, aber viele Seeoffiziere vermuteten auch eine schlechte Beratung des Kaisers durch Admiral Georg Alexander von Müller, der

²² 269–286, hier S. 274. Ergänzend schrieb Scheerer: »Wer zum [Marine-] Offizierskorps gehörte, zählte wahrhaftig zur Elite der Nation.«

²³ Vgl. Deist, Seekriegsleitung, S. 343; Wolz schreibt, dass die Seeoffiziere zur Durchsetzung des uneingeschränkten U-Bootskriegs auch vor politischer Agitation nicht zurückschreckten; Wolz, Das lange Warten, S. 329.

²⁴ Vgl. Holger Afflerbach: Auf Messers Schneide. Wie das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg verlor. München 2018, S. 347 f.

²⁵ Michael Epkenhans: Die Politik der militärischen Führung 1918. In: Jörg Dupper/Gerhard P. Groß (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung. München 1999, S. 217–233, hier S. 220.

²⁶ Wolz führt dazu eine Untersuchung aus dem Jahr 2003 von Anne Lipp an: Meinungslenkung im Krieg; Wolz, Das lange Warten, S. 263 f.

²⁷ Vgl. Hill, Konterrevolution, S. 115 f.

Leseprobe © Verlag Ludwig

immer mehr zum Hassobjekt wurde. Dem Kaiser wurde von der Militärführung auch vorgeworfen, zu nachgiebig zu sein gegenüber Tendenzen der Regierung unter Bethmann Hollweg, den Sozialdemokraten entgegenzukommen. Mit der Berufung von Michaelis als neuem Reichskanzler im Juli 1917, konnte die Militärführung ihre Intentionen durchsetzen.

In diesem Spannungsverhältnis gelang es dann der Marineführung Mitte 1918, eine einheitliche Seekriegsleitung (SKL) nach dem Vorbild der OHL zu etablieren und damit den Kaiser aus der direkten Führung der Marine auszuschalten. Damit schienen die ersehnten riskanteren Unternehmungen der Flotte möglich zu werden. Aber nun musste Ludendorff eingestehen, dass der Krieg verloren war. Aus Furcht vor einem unkontrollierten Rückfluten der Armee in die Heimat und einer daraus entstehenden Revolution,²⁷ verlangte er eine neue Regierung auf breiter parlamentarischer Mehrheit, die dann von dem als liberal geltenden Prinz Max von Baden mit Unterstützung der Fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberalen Partei, des Zentrums und der Sozialdemokraten, gebildet wurde. v. Baden beugte sich nach anfänglichem Widerstand der ultimativen Forderung der OHL, dass die Regierung dringend ein Waffenstillstandsgesuch an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson richten müsste. Am 4. Oktober 1918 wurde eine entsprechende diplomatische Note übersandt, mit der man hoffte, eine sofortige Feuerpause erreichen zu können.

Nach der gescheiterten deutschen Offensive, dem Beginn der alliierten Hunderttagsoffensive und dem Eingeständnis der Niederlage durch die OHL hatten Überlegungen beim Militär eingesetzt, wie der Krieg angesichts der drohenden Niederlage zu Ende zu bringen sei. Mit der Information der Regierung und wenige Tage später der Parteiführer, setzten diese Überlegungen auch im zivilen Bereich ein. Mit dem Voranschreiten des Notenwechsels bekamen diese immer schärfere Konturen, aber es zeigten sich auch entscheidende Gegensätze.

²⁷ Vgl. Geyer, Insurrectionary Warfare, S. 474.

Mit der Offenbarung der Niederlage konnte die OHL realistischerweise nicht auf Verhandlungen auf Augenhöhe hoffen. Eine Kapitulation ließ jedoch der Ehrenkodex der Militärelite nicht zu. Am 29. September 1918 kam es nach der Lagebesprechung im Generalstab zu einem Gespräch zwischen Ludendorff und dem General Eisenhart-Rothe, in dem dieser die Befürchtung äußerte, dass die Alliierten für das deutsche Militär unzumutbare Forderungen erheben würden. Die beiden gaben sich zusammen der Hoffnung hin, dass dann der »Furor Teutonicus (deutscher Zorn)« im ganzen Land wie im August 1914 losbrechen würde und ihnen die Fähigkeit zum Weiterkämpfen geben würde, wenn auch bis zum Untergang.²⁸ Das politische Büro der OHL ging ebenfalls von zu erwartenden »unehrenhaften Bedingungen« aus und schätzte die Lage am 6. Oktober so ein, dass sich das deutsche Militär Schritt für Schritt auf die deutsche Grenze zurückziehen müsse. Damit würden die bisher okkupierten Gebiete der Verwüstung preisgegeben werden, wofür dann die Alliierten die Verantwortung trügen.²⁹

Die Marineführung musste erkennen, dass der Krieg zu Ende gehen könnte, ohne dass die Flotte den durch die hohen Investitionen und durch die allgegenwärtige Flottenpropaganda erzeugten Erwartungen (trotz gewisser Erfolge) hatte gerecht werden können. Der Stabschef beim Kommando der Hochseeflotte (KdH) Konteradmiral Adolf von Trotha schrieb am 8. Oktober an den Stabschef der Seekriegsleitung Kapitän zur See Magnus von Levetzow: »... dass uns ein Schrecken der Scham erfasst, bei dem Gedanken, die Flotte könne, ohne zum Schlagen gekommen zu sein, der inneren Vernichtung überliefert werden.« Und v. Levetzow antwortete: »Es wird, solange wir noch kämpfen können, nie und nimmer zugegeben werden, im Friedensschluß einem

²⁸ Vgl. Geyer, Insurrectionary Warfare, S. 473 f. Gerd Krumeich schrieb 2018, dass wir dem deutschen, in den USA lehrenden Hochschullehrer Michael Geyer »die bislang tiefste Untersuchung dieser Ideen und Vorschläge [zum Endkampf] verdanken.« Gerd Krumeich: Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik. Freiburg im Breisgau 2018, S. 116.

²⁹ Vgl. Geyer, Insurrectionary Warfare, S. 474.

Leseprobe © Verlag Ludwig

Vertrag zuzustimmen, der auf eine Verschlechterung oder Verkümmern unserer Flotte ausgeht.« Am selben Tag wurden auch v. Trothas »Überlegungen in ernster Stunde«, die vom Flottenchef Admiral Franz von Hipper gebilligt worden waren, an die SKL übersandt. Darin hieß es u. a.: »Aus einem ehrenvollen Kampf der Flotte, auch wenn er ein Todeskampf wird in diesem Kriege, wird – wenn unser Volk nicht überhaupt national versagt – eine neue deutsche Zukunftsflotte hervorwachsen.«³⁰ v. Levetzow schrieb in einer sechs Jahre später verfassten und in der Forschung nur unzureichend berücksichtigten, auf den Kriegstagebüchern (KTB) beruhenden Rechtfertigungs- und Agitationsschrift ausdrücklich, dass man »das Heer in dem sich anbahnenden schweren Endkampf [...] unterstützen« wollte.³¹

Ähnliche Überlegungen wurden auch im zivilen Bereich angestellt: Reichskanzler v. Baden rief im Reichstag anlässlich seiner Erläuterungen zum Waffenstillstandsgesuch am 5. Oktober zum »Endkampf auf Leben und Tod« auf, wenn die Gegner keinen ehrenvollen Frieden anbieten würden.³² Wobei unter ehrenvollem Frieden eine Verhandlungslösung verstanden wurde, die eine Wiederherstellung Belgiens, Autonomie für Elsass-Lothringen, Revision des Friedens von Brest-Litowsk, Berücksichtigung polnischer Wünsche, Reparationen und eine

³⁰ Deist, Seekriegsleitung, S. 353 f.

³¹ Magnus von Levetzow: Der letzte Akt. In: Süddeutsche Monatshefte. Jg. 21 (1924), Heft 7, S. 55–71, hier S. 55. Im KTB der SKL heißt es entsprechend: »Admiral Scheer sagte Unterstützung der Armee mit allen Kräften der Marine zu.« und »... nationale[r] Verteidigungskrieg bis zu äußersten ...« Granier, Seekriegsleitung, Bd. 4, S. 220.

³² Eine Anmerkung Geyers (*Insurrectionary Warfare*, S. 481) kann so interpretiert werden, dass v. Baden dies nur in seinem Redeentwurf formuliert habe, aber im Reichstag dies auf Druck der OHL nicht geäußert habe. Nach dem Berliner Tageblatt vom 6. Oktober 1918 sagte v. Baden jedoch im Reichstag: »Wenn eine ablehnende Antwort aus Washington kommen, wenn die Antwort Wilsons von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert sein werde, dann werde Deutschland, wie es zum redlichen Frieden in Einigkeit zusammenhalte, auch im Endkampf auf Leben und Tod fest entschlossen und einig sein.« Anonym: Der Friedensschritt des Reichskanzlers. In: Berliner Tageblatt vom 6. Oktober 1918, S. 1. v. Baden selbst gibt an, er habe seine Interpretation von Wilsons 14 Punkten vortragen wollen, habe dies jedoch wegen Befürchtungen der Militärs, Wilson könne dies zum Anlass nehmen, das Waffenstillstandsgesuch abzulehnen, unterlassen. Vgl. Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente. Nachdruck der Originalausgabe von 1927. Hamburg 2011, S. 367 ff.

Leseprobe © Verlag Ludwig

Anerkennung der Reformanstrengungen in Deutschland beinhalten würde; alles Dinge, die die OHL noch im Sommer vehement abgelehnt hatte und die sie jetzt akzeptierte.

Im Umfeld der Regierung wurde auch über ein Konzept der Levée en masse (französisch: Massenaushebung) diskutiert. Dieser Begriff stammte aus der Französischen Revolution, wo in einer bestimmten schwierigen Phase sämtliche wehrfähigen Männer zu den Waffen gerufen worden waren. Bereits am 28. September wollte der damalige Staatssekretär des Auswärtigen (Außenminister) Paul von Hintze in einer Besprechung mit dem Kaiser und der OHL eine solche Maßnahme vorschlagen, korrigierte sich aber dahin, man solle nur den Anschein einer solchen Maßnahme erwecken. Er hatte Sorge, sonst einer Revolution Vorschub zu leisten. Am 7. Oktober schlug der bekannte Philosoph und Wirtschaftsführer Walther Rathenau in der renommierten Vossischen Zeitung dann eine tatsächliche Massenaushebung vor: »Die nationale Verteidigung, die Erhebung des Volkes muß eingeleitet [...] werden.« Dazu müsse ein Verteidigungsamt eingerichtet werden, das alle notwendigen Maßnahmen leiten müsse.

3. DER NOTENWECHSEL ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND DEN USA

In der Öffentlichkeit rief die Bitte des Reichskanzlers um Waffenstillstand einen großen Schock hervor, weil die Militärführung bis zuletzt den Eindruck aufrechterhalten hatte, Deutschland würde den Krieg siegreich beenden. Die Rechten warfen sogar der Regierung und den sie tragenden, als »Verzichtfriedensanhängern« diffamierten Parteien, vor, sie wollten sich den Feinden unterwerfen.³³ Doch allmählich setzte sich die Auffassung durch, dass die Militärführung den Krieg verloren gegeben hatte. Der Ingenieur der Kieler Germaniawerft notierte am 6. Oktober 1918 in sein Tagebuch: »Den ganzen Tag Besprechung des Frieden-Angebots des Reichskanzler Prinz

³³ Vgl. Anonym: Das neue Friedensangebot. In: Kieler Neueste Nachrichten (KNN) vom 8. Oktober 1918, S. 1.

Leseprobe © Verlag Ludwig

Max. [...] Die Erregungswellen sind äußerst hoch gestiegen. Man hofft und fürchtet. Wir stellen Belgien her und zahlen Entschädigung. Elsass wird autonom. Brest Litowsk wird revidiert.«³⁴ Gespannt wartete man auf Wilsons Antwort.

Dieser schrieb am 8. Oktober 1918: Deutschland solle zunächst die besetzten Gebiete räumen, bevor er den anderen Regierungen einen Waffenstillstand vorschlagen könne. Er fragte außerdem, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spreche, die bisher den Krieg geführt haben. Die Beantwortung dieser Frage hielte er von jedem Standpunkte aus für außerordentlich wichtig.³⁵

Die deutsche Regierung diskutierte mehrere Tage, wie sie antworten sollte. Insbesondere die OHL wollte Wilson keinen Vorwand liefern, die Gespräche zu beenden. Die Regierung schrieb schließlich am 12. Oktober 1918, dass sie die Sätze angenommen habe, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar und in seinen späteren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt habe.³⁶ Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu

³⁴ Klaus Kuhl: Kiel und die Revolution von 1918. Das Tagebuch eines Werftingenieurs, verfasst in den Jahren 1917–1919. Edition und Textanalyse. Berlin 2018 (Kiefer Werkstücke Bd. 51).

³⁵ Der Notenwechsel zwischen der deutschen Regierung und Präsident Wilson ist vollständig dokumentiert in: Auswärtiges Amt und Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Berlin 1927.

³⁶ Am 8. Januar 1918 umriss der US Präsident Wilson die Grundzüge einer Europäischen Friedensordnung vor beiden Häusern des US-Kongresses auf der Basis der von ihm entwickelten 14 Punkte. Konkret wurde die Räumung und Wiederherstellung Belgiens, die Räumung und Aufgabe von Elsass-Lothringen verlangt. Allgemeine Forderungen betrafen die Freiheit der Meere, Rüstungsbeschränkung oder die »autonome Entwicklung« für die Völker Österreich-Ungarns. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde als ein wichtiger Teil des Programms präsentiert, war aber nicht mit allen Punkten des Programms konfliktlos kompatibel. Krumeich und Becker schrieben: »Der Frieden sollte die Errichtung einer Art Weltdemokratie ermöglichen, die [...] allen Völkern das Recht auf Selbstbestimmung sicherte. Ein Völkerbund sollte zukünftig bei Konflikten vermitteln, der Friede somit [...] gesichert werden. Doch ein Friede mit diesen Zielsetzungen hätte einen Frieden ohne Sieger und Besiegte erfordert.« Jean-Jacques Becker, Gerd Krumeich: Der große Krieg. Deutschland und Frankreich 1914–1918. Essen 2010, S. 298.